

О.В. ШУМОВЕЦ

Брест, БрГУ имени А.С. Пушкина

DAS SYSTEM VON FORTBILDUNG UND BERUFSENTWICKLUNG IN BELARUS UND IM AUSLAND

Die Zuständigkeit für die berufliche Bildung in Belarus liegt beim Bildungsministerium, sektoralen Ministerien und regionalen Verwaltungsorganen. Zum anderen sind es Einrichtungen, Organisationen und Betriebe, die Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte organisieren, verschiedene Kurse und Programme zur Weiterentwicklung der Qualifikationen und zum Erwerb der Kompetenzen anbieten. Sie bilden den zweiten Bereich der beruflichen Bildung in Belarus und gehören zur non-formalen Bildung (unter non-formaler Bildung wird beabsichtigtes, gezieltes und selbstgesteuertes Lernen außerhalb klassischer Bildungsinstitutionen verstanden).

Die non-formale Bildung ist strukturiert und findet in einem institutionellen Rahmen statt, die Bildungsaktivitäten werden z.B. von einer Organisation, einem Betrieb oder einer Weiterbildungseinrichtung geplant und organisiert. Sie liegt außerhalb des durch die formale Bildung gestuften Berechtigungs- und Zugangssystems.

In Belarus gibt es 3 Gruppen der Anbieter der non-formalen beruflichen Bildung:

1. Nichtstaatliche Non-Profit-Organisationen.

Das sind gesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, Berufsverbände, Vereine, die verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und der Interessen der bestimmten Bevölkerungsgruppen und Berufe vertreten, Stiftungen usw. Sie werden zu Vermittler wichtiger Trends der internationalen Bildungspolitik.

2. Unternehmen, Business-Schulen, Beratungsfirmen, Trainingszentren.

Das Verständnis der Unternehmen für die Notwendigkeit, in die Bildung bzw. Weiterbildung des Personals zu investieren, wächst. Vor allem führende Unternehmen gründen eigene Bildungszentren oder Trainingszentren oder Konsultingunternehmen. Die Bildungsangebote dieser Dienstleistungsanbieter sind arbeitsmarkt- und nachfrageorientiert.

3. Weiterbildung und zusätzliche Ausbildung in staatlichen Einrichtungen.

Zu dieser Gruppe gehören sowie Bildungseinrichtungen, die durch die Angebote an Kursen und Programmen sich finanziell zu halten versuchen, als auch soziale und Kultureinrichtungen wie z.B. Bibliotheken. Die Gesetzgebung der Republik Belarus sieht obligatorische Weiterbildung der Lehrkräfte vor. Die Lehrerfortbildung wird von drei Einrichtungen organisiert: der Akademie der

postuniversitären Bildung (APO), dem Nationalen Institut für Hochschulwesen (RIWSch) und dem Nationalen Berufsbildungsinstitut (RIPO).

Fortbildung in Deutschland ist neben der Berufsausbildungsvorbereitung, der Berufsausbildung und der beruflichen Umschulung ein Teilbereich der Berufsbildung.

Nach dem Berufsbildungsgesetz zielt eine Fortbildung auf jene Qualifikationen, die bereits in einem Ausbildungsberuf erworben wurden. Sie sollen erhalten, erweitert, der technischen Entwicklung angepasst oder so ausgebaut werden, dass ein beruflicher Aufstieg möglich wird. Es wird unterschieden zwischen:

- Erhaltungsfortbildung,
- Erweiterungsfortbildung,
- Anpassungsfortbildung
- Aufstiegsfortbildung.

Die durch die Fortbildung erworbenen Qualifikationen werden meist durch Prüfungen nachgewiesen, die die zuständigen Stellen (meist Handwerkskammern oder Industrie- und Handelskammern) durchführen. Einige Fortbildungen sind durch bundesweit gültige Rechtsverordnungen, die von den zuständigen Bundesministerien erlassen werden, geregelt.

Als berufliche Aufstiegsfortbildung bezeichnet man zum Beispiel die von Facharbeitern besuchten Kurse, die zur Meisterprüfung führen, Kurse zur Vorbereitung auf Prüfungen zur Fachwirt-Qualifikation oder die Lehrgänge, die auf eine Prüfung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) vorbereiten. Umgangssprachlich werden die Begriffe Fortbildung und berufliche Weiterbildung oft fälschlich als Synonyme verwendet. Berufliche Weiterbildung umfasst aber zum Beispiel autodidaktische Weiterbildung, Umschulungen und betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen, die alle nicht zur Fortbildung im Sinn des Berufsbildungsgesetzes zählen [1, c. 256].

In diesem Zusammenhang erwähnt man das Konzept „Life long learning“. Life long learning (lebenslanges Lernen) ist ein Konzept, das Menschen befähigen soll, während ihrer gesamten Lebensspanne zu lernen. Lebenslanges Lernen setzt wesentlich auf die Selbst- und Informationskompetenz des Einzelnen und hat Aufnahme in viele bildungspolitische Programme, konservative wie progressive, gefunden. Lebenslanges Lernen ist also ein Konzept, das voraussetzt, dass der Lernende sein Leben lang die Fähigkeiten besitzt, zu wissen, an welchen Orten er oder sie bestimmte Informationen findet und es bestenfalls schafft, diese Informationen im Kopf zu speichern.

Aufgrund schneller wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen auf der Welt und somit auch innerhalb Europas haben Kommission und Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich über das lebenslange Lernen den Kopf zerbrochen,

den Ausdruck definiert und betont, dass man in Zukunft verstärkt auf das Wissen jedes einzelnen EU-Bürgers setzen wird.

Lebenslanges Lernen wird vielfach als politische Programmatik angesehen, die anhaltende Anpassungsleistungen von Individuen zur Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit in einem sich zunehmend beschleunigenden technologischen und sozialen Wandel fordert und zum anderen hierfür Instrumente der Unterstützung thematisiert oder fordert.

Es gibt ein Programm für lebenslanges Lernen. Die Europäische Union fördert mit dem Programm für lebenslanges Lernen von 2007 bis 2013 europäische Bildungsoperationen mit einem Gesamtbudget von rund 7 Milliarden Euro. Mit ihren Bildungsprogrammen erreicht die Europäische Union (EU) eine bedeutende Zahl ihrer Bürgerinnen und Bürger unmittelbar. Dies sind die Programmlinien:

- ERASMUS
- ErasmusMundus
- Alfa
- Atlantis
- TEP/TDP (EU-Kanada)
- ICI ECP (EU-Asien/Ozeanien)
- ACP Science&Technology
- Intra-ACP AcademicMobilityScheme
- ASEM-DUO
- VulcanusinJapan

ЛИТЕРАТУРА:

1. Nagel, B. Das Rechtssystem in der Weiterbildung / B. Nagel. – Köln : Steiner Verlag, 2007. – 341 S.